

Fortsetzung "DIE LINKE für eine solidarische Rentenversicherung"



Dazu auch Dr. Dagmar Enkelmann, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.:

„Dreist bricht die Bundesregierung ein Wahlversprechen: Nicht absehbar sei

momentan die Umsetzung eines einheitlichen Rentensystems in Ost und

West, erklärt sie unverblümt. Die Wahrheit ist: Die Bundesregierung hat seit Jahren nichts, aber auch gar nichts getan, um in Ost und West Rentengerechtigkeit herzustellen. Das ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Älteren, sondern benachteiligt auf Jahrzehnte Millionen Menschen, die bis zum heutigen Tag bei gleicher Arbeit mit dem geringeren Rentenwert Ost abgespeist werden“ und weiter: „DIE LINKE hat mehrfach im Bundestag eine Angleichung des Rentenwertes Ost an West verlangt wie auch eine grundlegende Korrektur der Rentenüberleitung....

Ich werde meiner Fraktion jetzt vorschlagen, zur Frage eines einheitlichen Rentensystems die Bundessozialministerin von der Leyen in die Fraktion einzuladen.“

Die Alten und die Jungen

Theodor Fontane

„Unverständlich sind uns die Jungen“ wird von den Alten beständig gesungen; Meinerseits möchte ich's damit halten: „Unverständlich sind mir die Alten.“

Dieses am Ruder bleiben Wollen in allen Stücken und allen Rollen.

Dieses sich unentbehrlich Vermeinen samt ihrer „Augen stillem Weinen“.

Als wäre der Welt ein Weh getan – Ach, ich kann es nicht verstahn.

Ob unsere Jungen, in ihrem Erdreisten wirklich was Besseres schaffen und leisten, ob dem Parnasse sie näher gekommen oder bloß einen Maulwurfshügel erklommen, ob sie, mit andern Neusittenverfechtern, die Menschheit bessern oder verschlechtern, ob sie Frieden sä'n oder Sturm entfachen, ob sie Himmel oder Hölle machen –

EINS lässt sie stehn auf siegreichem Grunde:

Sie haben den Tag, sie haben die Stunde;

Der Mohr kann gehen, neu Spiel hebt an.

Sie beherrschen die Szene, sie sind dran.

Impressum

Stadtverband der LINKSPARTEI der Stadt Altlandsberg, V.i.S.d.P. Eva Rohmann, Kontakt: Tel. 033439 / 81754 e-mail: rohmann@dielinke-altlandsberg Sie finden uns im Internet unter www.dielinke-altlandsberg.de



Infoblatt des Stadtverbandes der LINKSPARTEI in Altlandsberg

DIE LINKE.

Für neue soziale Ideen

für die Bürger * erscheint alle zwei Monate * Ausgabe November 2012

Inhalt

- Marco Büchel in Altlandsberg unterwegs
- In aller Kürze zur Kommunalpolitik
- Lohndumping
- Solidarische Rentenversicherung

Marco Büchel in Altlandsberg unterwegs

von Eva Rohmann

Herzlich begrüßter Gast in der Mitgliederversammlung November war unser direkt gewählter Landtagsabgeordneter Marco Büchel, Fraktion DIE LINKE. Er informierte umfassend, was im Landtag so läuft und manchmal auch nicht.

Schwerpunkte, um die seine Fraktion gekämpft hat beziehungsweise noch kämpft sind zum Beispiel:

- gute Arbeit für alle durch einen gesicherten Mindestlohn und weniger Niedriglohnarbeitsplätze
- endlich die Rentenangleichung Ost an West zu erreichen. Dazu wird es eine Bundesratsinitiative von Brandenburg geben
- eine Änderung des Gesetzes über Erneuerbare Energien anzustreben, damit der Strom für alle bezahlbar bleibt und nicht die Endverbraucher die Zeche bezahlen
- Gute Bildung von Anfang an für alle Kinder. 84 Schulen in Brandenburg beteiligen sich am Konzept der inklusiven Bildung. Leider ist keine aus MOL dabei.
- 50 Millionen Euro mehr für die Kommunen

Wir erfahren, dass es oft ein hartnäckiges

Streben nach Kompromissen geben muss, weil es in einer Koalition mit der SPD natürlich immer darum geht, eine tragfähige Lösung zu finden, mit der beide Seiten leben können. Einmal mehr waren die Ausführungen von Marco und die Diskussion in der Runde ein lebendiges Beispiel dafür, wie kompliziert und langwierig oft demokratische Streitprozesse verlaufen, bis ein Ergebnis zustande kommt. Ein interessanter und lehrreicher Abend!

Einige Wochen zuvor war Marco Büchel in Bruchmühle und informierte sich über den Stand der Bauarbeiten des neuen Bürgerhauses. Am gleichen Tag besuchte er auch den Jugendtreff im Ort, der sich in den letzten Monaten gut entwickelt hat. Er kam mitten hinein in den sogenannten Tag der Experimente, an dem die Kinder mit einfachen Mitteln komplizierte physikalische oder chemische Prozesse kennenlernten und oft aus dem Staunen nicht herauskamen. So zum Beispiel, warum ein schwimmendes Teelicht nur noch ein paar Sekunden weiter brennt, wenn man ein Glas darüber stülpt.



In aller Kürze zur Kommunalpolitik

Hans Gottschling, Fraktionsvorsitzender Die LINKE in der Stadtverordnetenversammlung

Wie läuft es denn so, zwischen dem Bürgermeister und den Stadtverordneten? Diese Frage wird mir häufig von Bürgern gestellt. Meine Antwort lautet:

Da alle in der Stadtverordnetenversammlung gewählte Vertreter sind einschließlich des Bürgermeisters, kann es nur eine Aufgabe geben, dem Wählerauftrag möglichst gut zu entsprechen. Für unsere Fraktion und somit auch für mich bleibt es dabei, eigene Gedanken und Aktivitäten gemessen an den Realitäten einzubringen, sachlich um Lösungen zu ringen, Mehrheiten zu erreichen und zu akzeptieren. Wir denken, nur so kann es konstruktiv vorangehen. Zwei wichtige Aufgaben in der Kommunalpolitik habe ich Anfang des Jahres formuliert. Wenn diese nicht gesichert sind, funktionieren viele Dinge nicht optimal:

1. Die Leitung der Verwaltung zu stärken. Das geht nur im Einvernehmen mit dem Bürgermeister. Hierbei sind wir besonders im Bereich Bau und Investitionen vorangekommen. Die Zusammenarbeit ist konstruktiver geworden. Dieser Aufgabe müssen wir uns aber weiter stellen.

2. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Erschwerend wirkt das Fehlen einer Kämmerin/ eines Kämmerers. Auch bauen wir manches zu teuer. Die Planungsphasen und die Bereitstellung von Fördermitteln dauern oft zu lange. Zwischenzeitlich eilen Baupreise davon und die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt sind negativ. Unsere Fraktion setzt sich deshalb ein für Ausschreibungen, die kostengünstigere Angebote bewirken und die Bildung einer Vergabekommission, die flexibel reagieren kann.

Positiv auf den Haushalt der Stadt haben in diesem Jahr vor allem die bereitgestellten Fördermittel gewirkt. Altlandsberg erhielt sie insbesondere für Kinder-, Jugend- und Bildungsprojekte wie Hortneubau, Bürgerhaus Bruchmühle, Sportplatz Bollensdorfer Weg, Kita Röhthsee u.a.m.



Bei der Umsetzung dieser Vorhaben sind wir mittendrin. Es gilt bei allen Objekten, sinnvolle Lösungen zu finden und nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Die Einbeziehung der späteren Nutzer in alle Phasen von der Planung bis zur Baudurchführung hilft dabei. Diese Erfahrung muss noch konsequenter umgesetzt werden.

Gegenwärtig wird der Haushalt für 2013 vorbereitet. Die LINKE wirkt dafür, dass sich die Stadtverordnetenversammlung zu Prioritäten verständigt, um finanziell handlungsfähig zu bleiben. Das wird sicher noch einiges Kopfzerbrechen bereiten.

Gegenwärtig stehen auch die Eröffnungsbilanz (01.01.2011) nach Einführung des doppelten Haushaltes (doppelte Buchführung) und in Kürze der Jahresabschluss 2011 zur Diskussion und Bestätigung an. Darüber werden wir im nächsten Informationsblatt berichten, denn es sind wichtige Informationen zum Vermögen, zu Verbindlichkeiten und anderen Aussagen der Stadt.

DIE LINKE fordert: 10 Euro Mindestlohn sofort! Lohndumping eindämmen, Altersarmut wirksam

Das statistische Bundesamt hat am 10. September eine aktuelle Studie vorgestellt: Stundenlöhne unterhalb von 10,36 Euro liegen demnach im Niedriglohnbereich. Jede und jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn. Die LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro die Stunde. „Ein Grund für den Anstieg des Anteils der Niedriglohnbezieher... ist die langfristige Zunahme der atypischen Beschäftigung“, so der Präsident des statistischen Bundesamtes.

Gemeint sind damit Leiharbeiter, Mini- und Teilzeitjobs sowie die vielen befristeten Arbeitsverträge. Das betrifft inzwischen ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland.

Niedriglöhne wirken sich auch verheerend für die Altersvorsorge aus. Die Bundesregierung erklärte bereits im Mai 2011 auf eine Anfrage der LINKEN, dass ein Stundenlohn von 10 Euro notwendig sei, damit Vollzeitbeschäftigte, die 45 Jahre (wer hat das schon) lang durchgehend beschäftigt waren, eine Rente oberhalb der Grundsicherung von 684 Euro im Monat erreichen. Auch für die Rente ist damit amtlich, soll Altersarmut vermieden werden, muss der Mindestlohn mindestens 10 Euro betragen.

Effekt für die Steuereinnahmen, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) belegt, wären 12,8 Milliarden Mehreinnahmen für die öffentlichen Kassen.

DIE LINKE für eine solidarische Rentenversicherung

Am 19. September haben die Vorsitzenden von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE, Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi ein Konzept hierfür vorgestellt:

1. Die Rente muss den Lebensstandard auch im Alter sichern. Dazu muss ein entsprechendes Renteniveau wieder hergestellt werden. Es darf nicht weiter gesenkt, sondern muss wieder auf 53 % angehoben werden. Ungerechte Abschläge für Erwerbsgeminderte müssen ebenso beseitigt werden wie die Rente erst ab 67

2. Wir wollen, dass künftig alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden, Erwerbslosen in die gesetzliche

Solidarischen Rentenversicherung einbezogen werden.

3. Kindererziehungszeiten müssen auch für vor 1992 geborene Kinder in voller Höhe gezahlt, Beiträge für Langzeiterwerbslose erneut geleistet werden.

4. Niemand darf im Alter unter die Armutsgrenze fallen – Solidarische Mindestrente einführen.

5. Die Solidarische Rente muss gerecht finanziert werden: Allein wer sie bezahlt ist die Frage. DIE LINKE will den schleichenden Ausstieg der Arbeitgeber aus der Altersvorsorge stoppen, wie er mit der Riesterrente begonnen hat.

DIE LINKE will ein soziales Netz gegen Altersarmut schaffen und die von Rot-Grün verordneten Kürzungen des Rentenniveaus rückabwickeln. www.linksfraktion.de/rente

weiter auf der nächsten Seite